



Digitalisierung und Digital Citizenship

Eine Roadmap für mündige Bürger_innen im 21. Jahrhundert

Inhalt

Executive Summary	3
1. Mündige Bürger_innen im 21. Jahrhundert – die Digital Citizenship	4
2. Digitalisierung und Lebenslanges Lernen	9
3. Ansprüche von Bürger_innen an Staat und Verwaltung	13
4. Digitale Bürgerrechte und Bürgerpflichten	18
5. Maßnahmen und Ausblick	21

Aufschwung Austria

Aufschwung Austria ist eine Initiative, die als offene Plattform jenen eine Stimme gibt, die mit der Wirtschaftspolitik in unserem Land unzufrieden sind. Wir wollen mit **Aufschwung Austria** aufzeigen, dass eine wachstumsorientierte und sozial ausgewogene Wirtschaftspolitik möglich ist, ohne die Staatsschulden weiter anwachsen zu lassen. Der Staat soll die private Wirtschaft durch seine Aktivitäten unterstützen, anstatt sie zu behindern. Zusätzlich soll er Leistungen dort effizient bereitstellen, wo diese nicht oder in unzureichendem Umfang durch die private Wirtschaft erbracht werden.

Aufschwung Austria veröffentlicht zu ausgewählten Schwerpunktthemen Policy Briefs. Diese zeigen die Herausforderungen für den Standort Österreich auf und bieten Lösungen für zentrale Handlungsfelder einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik an.

Executive Summary

Die Digitalisierung ist ein tiefgehender Prozess, der – verglichen mit anderen industriellen Revolutionen – einen noch nie dagewesenen Einfluss auf alle Lebensbereiche mit sich bringt. Unser Leben wird immer digitaler und dafür braucht es mündige Bürger_innen, die sich im digitalen Zeitalter selbstbestimmt bewegen. Denn nur mündige Bürger_innen können auch eigenverantwortliche Arbeitnehmer_innen, selbstbestimmte Konsument_innen oder innovative Unternehmer_innen sein. Wir sehen sechs Thesen, die wir als „Digital Citizenship“ definieren, als zentral an:

- Der/Die Bürger_in als Teilnehmer_in an der Digitalisierung genießt die Freiheit und Vielfalt von digitalen Leistungen der Wirtschaft, Politik und seiner/ihrer gesellschaftlichen Beziehungen.
- Er/Sie ist sicher vor digitalen kriminellen Angriffen und Missbrauch seiner/ihrer Daten.
- Der/Die Bürger_in kann aus eigenem Wissen und eigener Erfahrung zwischen Desinformation und Information unterscheiden und weiß sich in seiner/ihrer digitalen Existenz korrekt zu verhalten.
- Als Teilnehmer_in an einer digitalen Gesellschaft nutzt der/die Bürger_in seine/ihre Fähigkeiten, um das digitale Angebot zu seinem/ihrer Vorteil anzuwenden.
- Der/Die Bürger_in hat dabei Ansprüche an den Staat und die Verwaltung. Die wesentlichen Elemente sind Rechtssicherheit und ein offener Zugang zu Verwaltungsprozessen und Daten.
- Gleichzeitig ist sich der/die Bürger_in seiner/ihrer Rechte und Pflichten bewusst und bereit diese auszuüben.

Damit diese auch verwirklicht werden, benötigt es Reformmaßnahmen in folgenden Bereichen:

- Digitalisierung, Bildung und Lebenslanges Lernen
- Ansprüche der Bürger_innen an Staat und Verwaltung
- Digitale Bürger_innenrechte und -pflichten.

Dieser Policy Brief liefert eine Strategie, die eine moderne und offene Gesellschaft zum Ziel hat, die den digitalen Wandel als Chance begreift und alle Maßnahmen ergreift, um mündige Bürger_innen des 21. Jahrhunderts zu unterstützen und Barrieren abzubauen.

1. Mündige Bürger_innen im 21. Jahrhundert – die Digital Citizenship

Die Digitalisierung beschreibt einen technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, der seit drei Jahrzehnten durch die exponentielle Steigerung der Leistungsfähigkeit von digitalen Technologien (Computerleistung, Speicherkapazität, Netzwerkkapazität und Preisverfall) getrieben wird. Dieses exponentielle Wachstum wird sich in den nächsten Jahrzehnten nicht verlangsamen. Für diese Entwicklungen exemplarisch sind der Umsatz an digitaler Werbung, die Entwicklung von Internet-Benutzer_innen und die wichtigsten Kommunikationstools¹.

Neue Geschäftsmodelle, basierend auf globalen Plattformen mit Monopolcharakter und der Verwertung von Benutzerdaten bestimmen die digitale Welt.

Daten werden mittlerweile als Währung verwendet. Neue Geschäftsmodelle bestimmen zunehmend das Angebot an digitalen Leistungen. Die Finanzierung erfolgt dabei zunehmend über die Verwertung von Benutzerdaten für Werbung².

Das Internet und das WorldWideWeb gehören heute zum Alltag für mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Die Anzahl der Internet-Benutzer_innen ist von 200 Mio im Jahr 2008 um den Faktor 18 auf über 3,6 Mrd im Jahr 2018 gestiegen. 2008 wurden bereits 2 Mrd Email-Accounts gezählt, heute gibt es weltweit über 5 Mrd. Das Angebot an Webseiten ist seit 2008 von 2 Mio um den Faktor 500 auf circa 1 Mrd gestiegen. Social-Media Netzwerke wurden 2008 von etwa 100 Mio Benutzer_innen verwendet. Diese Zahl ist seitdem um den Faktor 25 auf über 2,5 Mrd gestiegen³.

Im Vergleich zu anderen industriellen Revolutionen zeichnet sich die Digitalisierung durch einen unvergleichbar intensiveren Einfluss auf fast alle Lebensbereiche aus. Dies erklärt sich durch die Anwendbarkeit von digitalen Technologien im privaten Bereich, in der Industrie, im Handel, der Politik und den gesellschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig ist die „digitale Revolution“ ein Transformationsprozess, der längst noch nicht abgeschlossen ist. Themen wie Internet-of-Things, Artificial Intelligence und Cognitive Computing werden erst in den nächsten Jahren ihre volle Wirkung entfalten und unsere Arbeits- und Lebenswelten massiv verändern. Es ist davon auszugehen, dass kognitive Anwendungen (AI) in den nächsten Jahren zu einem selbstverständlichen Element in vielen Services und Geräten werden.

¹ Mehr Informationen über die wichtigsten Fakten zur Digitalisierung gibt es in unserem Factsheet „Alle Fakten die Sie zur Digitalisierung wissen müssen“

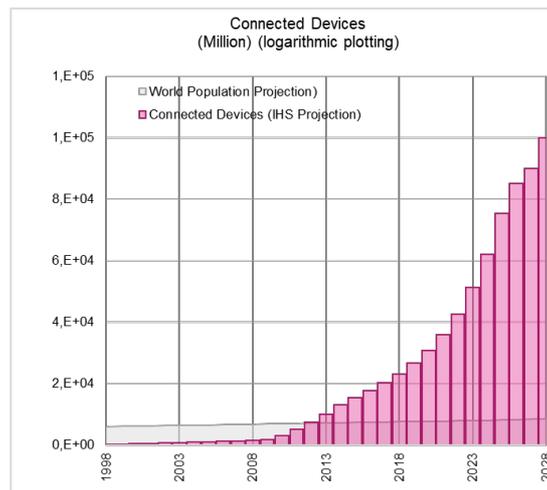
² Statista. (2016). Statista Digital Market Outlook. Von <https://de.statista.com/outlook/digital-markets> abgerufen am 13.07.2018

³ Oppitz, M., & Tomsu, P. (2017). Inventing the Cloud Century. Heidelberg: Springer.

Das Internet-of-Things schafft heute durch die Verbindung von Sensoren und Aktoren eine Vielzahl neuer Anwendungen im Haushalt, der Industrie und in der öffentlichen Infrastruktur.

Der globale Markt hat bereits ein Volumen von mehreren 100 Mrd USD und soll in den nächsten 5 Jahren um den Faktor 5 wachsen⁴.

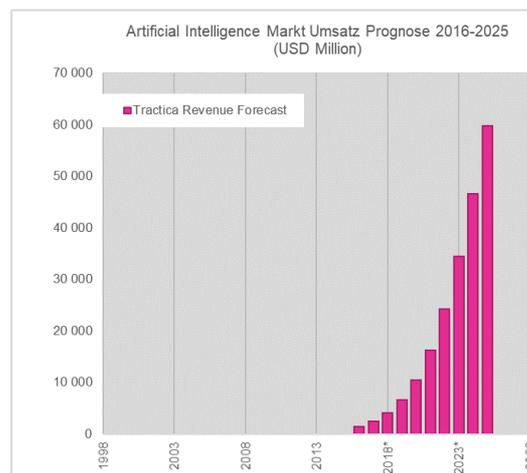
Die Anzahl der „connected devices“ hat die Anzahl der Weltbürger schon überschritten.



Quelle: IHS, 2017

Artificial Intelligence und Cognitive Computing haben vor 10 Jahren in Produkten des täglichen Lebens praktisch nicht existiert.

Heute ist der Einsatz „smarter“ Software in Autos, Social-Media-Netzwerken, Verkaufs-Plattformen, Kunden-Service-Diensten und vielen industriellen Anwendungen ein aktiver und rasch wachsender Markt, der innerhalb der letzten 10 Jahre von 0 auf ein globales Marktvolumen von mehreren Mrd USD gewachsen ist. Prognosen zeigen eine Verzehnfachung in den nächsten 5 Jahren⁵.



Quelle: Statista & Tractica, 2017, Artificial Intelligence Market Forecasts

⁴ IHS. (2017). Number of Connected IoT Devices Will Surge to 125 Billion by 2030. Von <https://technology.ihs.com/596542/number-of-connected-iot-devices-will-surge-to-125-billion-by-2030-ihs-markit-say> abgerufen am 13.07.2018

⁵ Tractica. (2017). Artificial Intelligence Market Forecast. Von <https://www.tractica.com/research/artificial-intelligence-market-forecasts/> abgerufen am 13.07.2018

Die Rolle des Staates oder der Staatengemeinschaft (EU) in der digitalen und globalen Welt gilt es noch zu finden. Als Gestalter der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen ist der Staat an seine geografischen Grenzen gebunden. Gleichzeitig ist es seine Aufgabe, die Bürger_innen vor Missbrauch und Schaden in einer virtuellen und globalen Welt zu schützen. Momentan gibt es aber nur unzureichende Regulative und keine Klarheit über die Träger der Verantwortung. Digitale Anbieter können oder wollen diese Aufgabe nicht übernehmen, der Gesetzgeber ist überfordert. Sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die gesellschaftlichen Traditionen entsprechen nicht den Anforderungen einer digitalisierten Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Die gesellschaftlichen und politischen Strukturen sind von einem wirkungsvollen Umgang mit den Chancen und Bedrohungen der Digitalisierung weit entfernt.

Die Digitalisierung hat, wie alle technologischen Umbrüche, ein ungeheures Potential, das Leben der Bürger_innen zu verbessern. Gleichzeitig bringen neue Technologien Risiken und die Gefahr, Bürger_innen im Rahmen der Umbruchphase „zu verlieren“, mit sich. Damit Bürger_innen auch in Zukunft selbstbestimmt leben und arbeiten können, müssen diese im Mittelpunkt der technologischen Entwicklungen stehen.



Was bedeutet es, in einer zunehmend digitalisierten Welt mündig zu sein?

Dies ist die wesentliche Kernfrage, die sich unsere Gesellschaft zu stellen hat. Denn nur mündige Bürger_innen können auch eigenverantwortliche Arbeitnehmer_innen, selbstbestimmte Konsument_innen oder innovative Unternehmer_innen sein. Aus unserer Sicht gibt **es sechs zentrale Thesen, die wir als „Digital Citizenship“ zusammenfassen**, auf deren Grundlage wir mündige Bürger_innen in einer modernen und demokratischen Gesellschaft definieren:

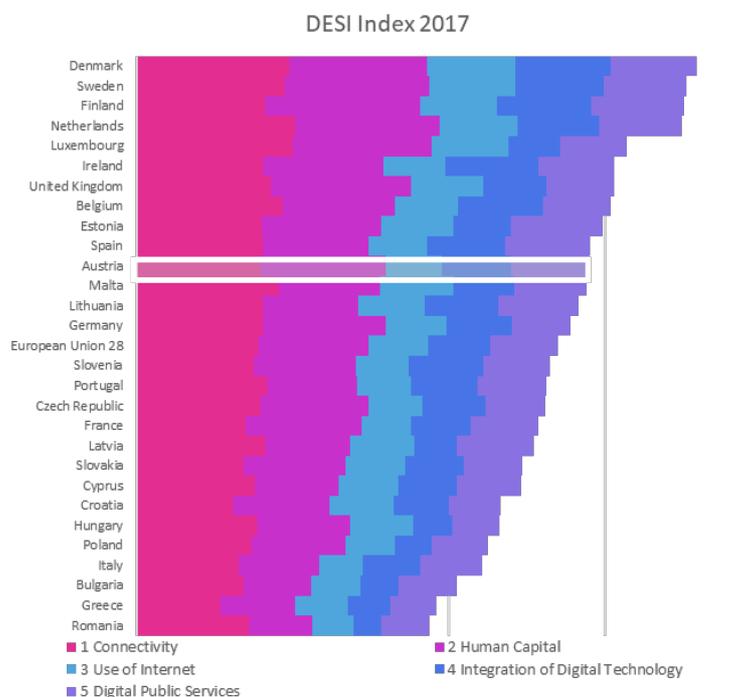
- Der/Die Bürger_in als Teilnehmer_in an der Digitalisierung genießt die Freiheit und Vielfalt von digitalen Leistungen der Wirtschaft, Politik und seiner/ihrer gesellschaftlichen Beziehungen.
- Er/Sie ist sicher vor digitalen kriminellen Angriffen und Missbrauch seiner/ihrer Daten.

- Der/Die Bürger_in kann aus eigenem Wissen und eigener Erfahrung zwischen Desinformation und Information unterscheiden und weiß sich in seiner/ihrer digitalen Existenz korrekt zu verhalten.
- Als Teilnehmer_in an einer digitalen Gesellschaft nutzt der/die Bürger_in seine/ihre Fähigkeiten, um das digitale Angebot zu seinem/ihrer Vorteil anzuwenden.
- wesentlichen Elemente sind Rechtssicherheit und ein offener Zugang zu Verwaltungsprozessen und Daten.
- Gleichzeitig ist sich der/die Bürger_in seiner/ihrer Rechte und Pflichten bewusst und bereit diese auszuüben.

Für die Verwirklichung der „Digital Citizenship“ benötigt es Reformmaßnahmen in folgenden Bereichen:

- Digitalisierung, Bildung und Lebenslanges Lernen
- Ansprüche der Bürger_innen an Staat und Verwaltung
- Digitale Bürgerrechte und -pflichten.

Bevor wir uns den entsprechenden Bereichen widmen, machen wir eine kurze Bestandsaufnahme, wo wir derzeit in Österreich stehen. Einen guten Überblick liefert der Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Digital Economy and Society Index, DESI⁶):



⁶ European Commission. (2018). Digital Economy and Society Index Report 2018. Von <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi> abgerufen am 13.07.2018

Ein genauer Blick auf die Ergebnisse zeigt, dass wir in den Kategorien „Human Capital“ und „Digital Public Services“ zwar im ersten Drittel, in den Kategorien „E-Government-Users“, „Connectivity“, „ICT Share of Total Employment“ und „Use of Internet Services“ jedoch nur in der zweiten Hälfte der 28 EU-Staaten liegen.

Kategorie	Rang von 28 EU-Ländern
Human Capital	7
Digital Public Services	8
Integration of Digital Technology	10
Digital Public Services / Open Data	12
Digital Public Services / E-Government Users	14
Connectivity	17
ICT Share of Total Employment	18
Use of Internet Services	20
Gesamtrang	11

Insgesamt gibt es also viel zu tun, wenn wir eine Digital Citizenship – und damit mündige und selbstsichere Bürger_innen – in naher Zukunft erreichen wollen.

2. Digitalisierung, Bildung und Lebenslanges Lernen

Die neuen Technologien im Bereich Industrie 4.0, Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Quantum Computing, 3D-Druck, Blockchain, etc. umfassen alle Lebensbereiche. Sie verändern die Gesellschaft, ganze Industrien sowie die Art und Weise wie wir künftig arbeiten, lehren, lernen und uns fort- und weiterbilden werden.

Die digitale Transformation kann in Österreich nur dann erfolgreich stattfinden, wenn wesentliche Qualifikationen und Kompetenzen gelehrt werden sowie ein geeignetes Umfeld des Lernens und Lehrens geschaffen wird.

Schlüsselkompetenzen für Lebenslanges Lernen sind laut Europäischer Union⁷ Kompetenzen, die es den Menschen ermöglichen, sich an Veränderungen flexibel anzupassen. Sie sind eine Kombination aus Wissen, Fähigkeit und Einstellung. Die EU nennt hier u.a. mathematische und Computerkompetenzen, soziale und Bürgerkompetenzen (z.B. die Fähigkeit zur Konfliktlösung) sowie Eigeninitiative (z.B. Risikobereitschaft) und Kreativität.

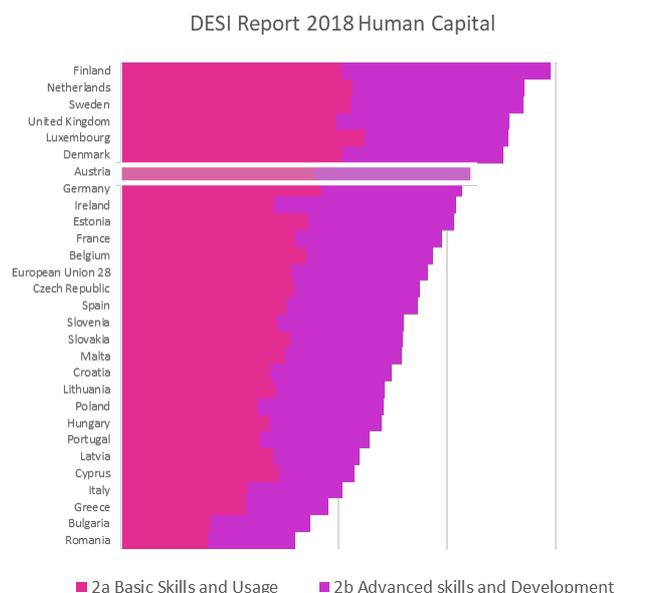
Der Arbeitsmarkt der Zukunft ist in einem großen Umbruch. Laut Studien ist davon auszugehen, dass genauso viele neue Jobs geschaffen wie abgebaut werden⁸. Zwei Drittel der Jobs für Generation Z existieren heute noch nicht.

Die Partizipation am Arbeitsmarkt kann in Zukunft nur funktionieren, wenn die Bürger_innen verstehen, dass sie die Chancen der digitalen Transformation nur dann nutzen können, wenn sie bereit sind, lebenslang zu lernen. Dieses Bewusstsein muss neben den veränderten Bedingungen im (Weiter-)Bildungsbereich für alle Bevölkerungsschichten geschaffen werden.

Wenn wir uns ansehen, wo Österreich bei der Vermittlung von digitalen Kompetenzen steht, ergibt sich ein widersprüchliches Bild: Im eingangs zitierten DESI Bericht von 2018 nimmt Österreich Platz Sieben von 28 EU-Staaten ein.

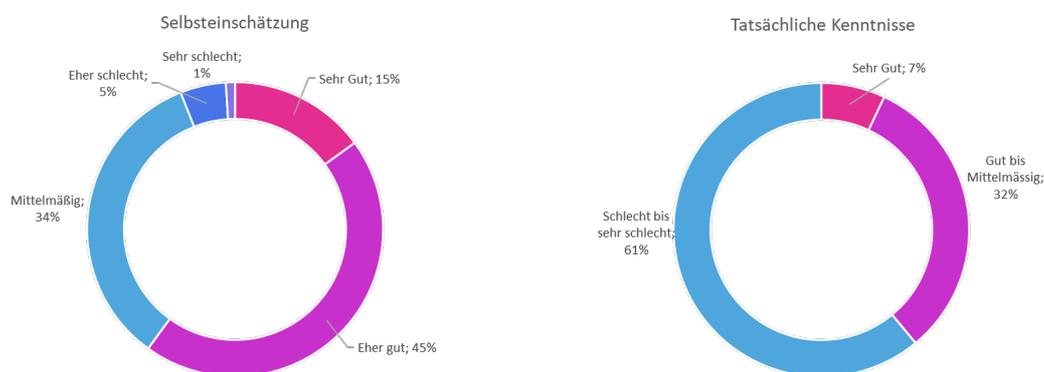
⁷ EU. (2006). Empfehlung des Europäischen Parlamentes und Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen. Amtsblatt der Europäischen Union. Von https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/ejid/eu_amtsblatt_schlkomp_15538.pdf?5s3sl2 abgerufen am 13.07.2018

⁸ vgl. Manpower Group. (2016). Studie Fachkräftemangel 2016. Von <https://www.manpower.at/dokumente/oesterreich-studie-fachkraeftemangel-manpower-2016.pdf> abgerufen am 13.07.2018



Quelle: DESI Report 2018 Human Capital

Dieser Teil des DESI-Reports basiert auf einer Selbsteinschätzung der Bürger_innen. Dass diese Selbsteinschätzung nicht notwendigerweise mit den tatsächlich vorhandenen Kenntnissen übereinstimmt, zeigt eine Studie der Österreichischen Computer Gesellschaft:



Quelle: Computerkenntnisse der ÖsterreicherInnen, Studie Jänner/Februar 2014 im Auftrag der Österreichischen Computer Gesellschaft ÖCG

Laut der ÖCG-Untersuchung⁹ aus 2014 unterscheidet sich die Selbsteinschätzung wesentlich von den tatsächlichen Kenntnissen, weshalb sie auch von einem „Digital Native Mythos“ spricht.

Die Frage, welche Kompetenzen wir in einem digitalen Zeitalter benötigen, müssen wir als Gesellschaft definieren, damit sich nicht – wie oben gezeigt – eine massive Kluft zwischen der Einschätzung der Expert_innen und Bürger_innen entwickelt. Denn genau diese Unterschiede

⁹ ÖCG. (2014). Computerkenntnisse der Österreicher. Von http://www.ocg.at/sites/ocg.at/files/medien/pdfs/OCG_Computerkenntnisse_OesterreicherInnen_PK_Praesentation_03_2014_FINAL.pdf abgerufen am 13.07.2018

sorgen dafür, dass Bürger_innen am Arbeitsmarkt mit Problemen konfrontiert werden, sich nur bedingt selbstsicher in sozialen Medien bewegen und sich nur unzureichend vor Cyberkriminalität schützen können.

Als Diskussionsbasis für diesen Kompetenzkatalog ziehen wir eine Liste des Weltwirtschaftsforums¹⁰ heran. Dieses hat 2016 einen Katalog mit sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten präsentiert, die Kinder (und Erwachsene) besitzen sollten, um die Herausforderungen der Digitalisierung meistern zu können. Diese Kompetenzen können in acht miteinander verknüpfte Bereiche untergliedert werden:

Digitale Identität Die Fähigkeit, die persönliche Online-Identität und das persönliche Online-Ansehen zu erstellen und zu pflegen. Dies umfasst das Bewusstsein einer Online-Identität und das Pflegen der kurz- und langfristigen Einflüsse auf die Präsenz als Online-Identität.

Digitale Nutzung Die Fähigkeit, digitale Geräte und Medien zu nutzen und dabei auch die gesunde Balance zwischen Online- und Offline-Existenz zu bewahren.

Digitaler Schutz (safety) Die Fähigkeit, Online-Risiken zu bewältigen (z.B. cyber-bullying, grooming, Radikalisierung), mit problematischen Inhalten (Gewalt, Obszönität) umzugehen und diese Risiken zu vermeiden oder einzuschränken.

Digitale Sicherheit (security) Die Fähigkeit, Cyber-Bedrohungen (hacking, scams, malware) zu erkennen, deren Methoden zu verstehen und passende Sicherheitsmaßnahmen einzusetzen, um sich vor Schaden zu schützen.

Digitale emotionale Intelligenz Die Fähigkeit, einfühlsam zu sein und gute Beziehungen mit anderen Online-Teilnehmer_innen aufzubauen.

Digitale Kommunikation Die Fähigkeit, mit anderen mittels digitalen Technologien und Medien zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten.

¹⁰ World Economic Forum. (2016). 8 digital skills we must teach our children. Von <https://www.weforum.org/agenda/2016/06/8-digital-skills-we-must-teach-our-children/> abgerufen am 13.07.2018

Digitale Bildung (literacy) Die Fähigkeit, digitale Inhalte zu finden, zu bewerten, zu nutzen, zu teilen und selbst zu erstellen sowie die Kompetenz, computer-orientiert zu denken.

Digitale Rechte (rights) Die Fähigkeit, persönliche und gesetzliche Rechte zu verstehen und zu befolgen. Dies umfasst unter anderem auch Rechte der Privatheit, geistiges Eigentum, Freiheit der Rede und Schutz vor Hass-Reden.

Damit dieser Kompetenzkatalog in Österreich umgesetzt wird, benötigt es eine Transformation des österreichischen Bildungswesens. Sinnvolle Vorschläge liegen seit geraumer Zeit vor¹¹, die Umsetzung ist jedoch zögerlich. Neben einer Änderung des Lehrplans ist die digitale Infrastruktur in unseren Schulen auszubauen. Der neue Lehrplan setzt seine Schwerpunkte bei den Themen: digitale Mündigkeit, maßvoller Umgang mit digitaler Technologie bzw. digitalen Medien, Kooperation im digitalen Zeitalter und Programmieren.

Pädagog_innen und Pädagogik stärken

Der Einsatz digitaler Lehrmittel hängt noch stark von der persönlichen Kompetenz der Lehrenden ab. Derzeit müssen sich Vortragende digitales Lehren weitgehend selbst erarbeiten. Aus diesem Grund gilt es, in der Ausbildung von Lehrpersonal die IKT-Kompetenzen umfassend zu berücksichtigen und zu stärken. Das Lehrpersonal muss fit sein im Umgang mit und beim Einsatz neuer digitaler Medien und in diesen Bereichen auch verpflichtend weitergebildet werden. Ebenso darf Österreich die Augen nicht vor den aktuellen technischen Möglichkeiten und deren Potentialen bei Lehrmitteln verschließen. Es braucht mehr als Lehrbücher in PDF-Dateien umzuwandeln, um die große Chance der Individualisierung des Unterrichts durch zeitgemäßen Einsatz digitaler Medien und Programme zu ergreifen.

Nur wer sich in Zukunft kontinuierlich fortbildet wird Arbeit haben und ein glückliches und zufriedenes Leben führen können. Damit wir Lebenslanges Lernen in unserer Gesellschaft verankern, ist ein Fokus auf die Erwachsenenbildung notwendig. Die Nachfrage nach Arbeitnehmer_innen mit digitalen Kompetenzen wächst rapide. Dies dürfte in Europa zu einem Fachkräftemangel führen, sodass bis 2020 wohl bis zu einer Million Stellen unbesetzt bleiben. Diese Chance müssen wir ergreifen, um (zukünftigen) Arbeitnehmer_innen das Handwerkszeug für die Arbeitswelt mitzugeben.

¹¹ Unter anderem Bundesministerium für Bildung Wissenschaft und Forschung. (2017). Schule 4.0 - jetzt wird's digital. Von <https://bildung.bmbwf.gv.at/schulen/schule40/index.html> abgerufen am 13.07.2018

Zu berücksichtigen ist, dass Routinearbeiten mit großer Wahrscheinlichkeit in den kommenden Jahren weitgehend durch Automatisierungen ersetzt werden. Fähigkeiten wie Kreativität und emotionale Intelligenz bleiben jedoch weiterhin dem Menschen vorbehalten. Dies alles sollten wir bei der Ausbildung zukünftiger Arbeitnehmer_innen im Fokus behalten. Adaptive strukturelle Rahmenbedingungen sind notwendig, um einen langfristig robusten Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Für eine nachhaltige Erwachsenenbildung sehen wir die Studie „Qualifikationen und Kompetenzen in der Industrie 4.0“¹² als Maßstab an, die die wesentlichen Kompetenzen für den zukünftigen Arbeitsmarkt in drei Kategorien unterteilt:

<i>Fachkompetenzen</i>	Spezifische Fähigkeiten, die von der jeweiligen Branche abhängig sind.
<i>Querkompetenzen</i>	Fähigkeiten, die für alle Berufe wichtig sind (z.B. Datenschutz).
<i>Überfachliche Kompetenzen</i>	Zusammenhänge erkennen, Probleme lösen, Kommunikation, Kooperation, etc.

3. Ansprüche von Bürger_innen an Staat und Verwaltung

Die digitale Transformation in unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik erzeugt ein Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Meinungsfreiheit, Recht auf Anonymität und freier Zugang zu Informationen stehen im Widerstreit mit Datenmissbrauch, staatlichen Zugriffen, Cyberkriminalität, Fake-News und Hass im Netz.

Gerade deshalb muss jede politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Maßnahme auf der Basis einer freien und offenen Gesellschaft geschehen. Die Werte und die damit verbundene europäische Identität sind im Vertrag über die Europäische Union klar formuliert:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“¹³

¹² Pfeiffer, S., Lee, H., Zirnic, C., & Suphan, A. (2016). Industrie 4.0 - Qualifizierung 2025. VDMA - Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Von <https://www.sabine-pfeiffer.de/files/downloads/2016-Pfeiffer-Industrie40-Qualifizierung2025.pdf> abgerufen am 13.07.2018

¹³ EU. (2007). Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. Von https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Vertrag_ueber_die_Europaeische_Union.pdf abgerufen am 13.07.2018

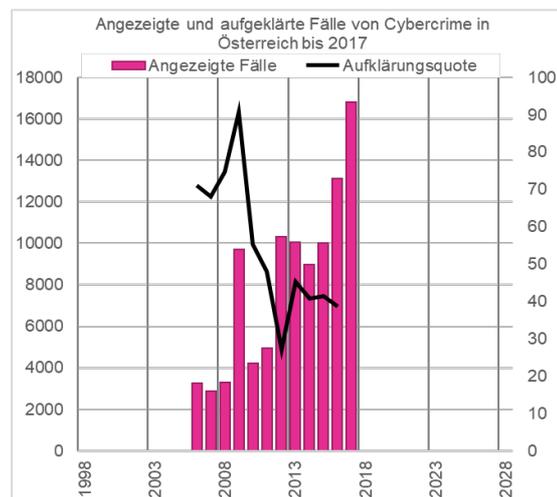
Vertrauen ist die Basis für jede erfolgreiche Gesellschaft. Das Vertrauen in Kommunikationspartner oder Organisationen im Internet sinkt. Rechtliche Rahmenwerke wie die DSGVO oder der EU-US Privacy Shield bieten vor Datenmissbrauch nur lückenhaften Schutz für die Bürger_innen oder sind undurchschaubar in der Umsetzung. Das Thema Cybercrime (Internetkriminalität) zeigt beispielsweise vor welchen Problemen wir stehen. Die Zahl der Fälle steigt, während gleichzeitig die Aufklärungsquote sinkt.

Die Anzahl der Cybercrime-Fälle steigt in Österreich seit 10 Jahren stark. Laut der Statistik des Bundeskriminalamtes wurden im Jahr 2007 noch 3.500 Fälle, im Jahr 2017 schon 14.000 Fälle gemeldet.

Das Bundeskriminalamt zählt Cybercrime inzwischen zu den „Big Five“ der kriminellen Delikte¹⁴.

Gleichzeitig sinkt die Aufklärungsquote. Wurden 2007 noch etwa 70% der Fälle aufgeklärt, ist 2017 die Quote an aufgeklärten Fällen auf 40% gesunken.

Damit ist Cybercrime die einzige Kategorie in der Kriminalstatistik Österreichs, in der die Anzahl der gemeldeten Fälle steigt und die Aufklärungsquote sinkt.



Quelle: Bundesministerium für Inneres Österreich (Bundeskriminalamt),
Polizeiliche Kriminalstatistik 2017

Unser demokratisches System baut auf drei Säulen auf: Bürger_innen, Verwaltung (Bürokratie und Judikative) und Regierung. Der Digitalisierungsprozess wird ein konstanter Prozess für den staatlichen Apparat sein, wobei sich unsere Erfahrungen mit digitalen Technologien und somit unsere digitalen Erwartungen erweitern werden. Folgende Anforderungen sollen uns, unsere Verwaltung und unsere Regierung enkelfit machen:

¹⁴ Bundeskriminalamt. (2017). Polizeiliche Kriminalstatistik 2017.



Bürger_innen

- Privacy und Identität als mündige Bürger_innen
- Wir sind für unsere Postings verantwortlich. Genauso unsere Bots
- aktive Mitsprache und Zivilcourage
- eigene Bildung muss genauso von Bürger_innen getragen werden
- gelebte Toleranz als Säule unserer Gesellschaft
- Datensicherheit als Grundrecht
- geistiges Eigentum muss gewahrt werden

Verwaltung

- Entscheidungsfreiheit der Bürger_innen stärken
- Generationenübergreifen der Schutz unseres Eigentums
- verlässliche, transparente Verwaltung als Dienstleister der Bürger_innen
- das Recht vergessen zu werden

Regierung

- effizientes Management mit adäquaten Mitteln für erfolgreiche öffentliche Institutionen
- Infrastruktur stärken
- Digitalisierung als ständigen Prozess begreifen
- Digital Citizenship konstant weiterentwickeln
- Sicherheit, z.B. vor Datenmissbrauch
- Datensparsamkeit
- verlässliche Steuersysteme schaffen, um neues Wirtschaften zu fördern

Dieser Forderungskatalog ist aus unserer Sicht die Basis, um das Vertrauen in Kommunikationspartner oder Organisationen im Internet zu stärken und den notwendigen rechtlichen Rahmen zu garantieren. Er ist eine Weiterführung von gesellschaftlichen Werten, um unsere Demokratien zu stärken und sie zukunftsfähig zu machen.

Ansprüche an unsere Regierung

Effizientes Management mit adäquaten Mitteln für erfolgreiche öffentliche Institutionen

Management braucht die richtigen Mittel. Budget und Strukturfragen betreffen die Politik. Es ist die Verantwortung der Regierung sicherzustellen, dass die öffentliche Verwaltung auch adäquate Mittel, finanzieller und nicht-finanzieller Natur zur Verfügung stellt, um einen möglichst effizienten Ablauf von Dienstleistungen zu gewährleisten.

Infrastruktur stärken

Die Bundesregierung muss verstärkt in die digitale Infrastruktur (und somit in Konnektivität) investieren, wie auch in der Tallinn Deklaration¹⁵ gefordert. Ländliche Regionen müssen gefördert werden und ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, das Internet genauso zu nutzen wie urbane Zentren. Nur so können sie kompetitiv und erwerbsfähig sein. Das beinhaltet, endlich das Glasfasernetz auszubauen. Momentan gehören wir im internationalen Vergleich noch zu den Schlusslichtern¹⁶.

Digitalisierung als ständigen Prozess begreifen

Digitalisierung muss ein langlebiger und offener Prozess sein, der Menschen auch die Möglichkeit bietet, neue Ideen in Hierarchien zu integrieren. Das Internet hat uns gezeigt, dass revolutionäre neue Ideen sehr schnell das Licht der Welt erblicken und Prozesse vereinfachen. Deshalb muss der gesamte öffentliche Apparat einer regelmäßigen Kontrolle und Evaluierung unterliegen, um u.a. neue Technologien zu integrieren. Um die Teilnahme des öffentlichen Apparates zu stärken, muss Politik auch inklusiv sein. Durch öffentliche Veranstaltungen, wie Online-Bürgerversammlungen, schafft man ein stärkeres Verständnis für die politischen Entscheidungen in der Bevölkerung und stärkt den demokratischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Digital Citizenship konstant weiterentwickeln

Digital Citizenship muss über die hier genannten Punkte weitergedacht werden, um unsere Demokratie auszubauen. Demokratien bauen auf Bürger_innen auf, deren Alltag sich ständig durch neue Technologien verändert. Dieses Verhalten finden wir im Netz und auf der Straße wieder. Daher versuchen wir das Zeitalter der digitalen Bürgerschaft zu stärken. Der Digital Competence Framework der EU geht in die Richtung, Bürger_innen über ihre Pflichten im Netz aufzuklären. Solche Initiativen müssen gestärkt werden¹⁷.

Sicherheit, Datenmissbrauch und Datensparsamkeit

Genauso wie wir Institutionen haben, um unsere persönliche und unsere staatliche Sicherheit zu gewährleisten, ist es die Verantwortung des Staates, der Sicherheit im digitalen Raum nachzugehen. Das bedeutet auch, dass Firmeneigentum staatlich online geschützt werden muss. Schutz vor Datenmissbrauch ist dementsprechend eine wesentliche Pflicht des Staates. Der Schutz der Daten der Bürger_innen steht im Vordergrund. Dies umfasst die rechtzeitige Warnung vor Angriffen, die einfache Möglichkeit Schaden anzuzeigen und die effektive rechtliche Verfolgung und Bestrafung von Cyberkriminalität. Gleichzeitig muss der Staat datensparsam agieren.

¹⁵ Council of the European Union. (2017). Tallinn Declaration on eGovernment. Von <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/ministerial-declaration-egovernment-tallinn-declaration> abgerufen am 13.07.2018

¹⁶ WKO. (2018). Monitoring Report 2018 - Österreich in internationalen Rankings, Innovation und Digitalisierung. Wien: Wirtschaftskammer Oesterreich.

¹⁷ European Commission. (2016). The European Digital Competence Framework for Citizens. Luxembourg: Publications Office of the European Union. Von

<http://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC101254/lfn27948ene.epub> abgerufen am 13.07.2018

Verlässliche Steuersysteme schaffen, um neues Wirtschaften zu fördern

Steuersysteme müssen genauso effizient und zeitgemäß sein. Das heißt, dass der öffentliche Apparat schnell und effizient vorgehen muss, um legale Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Bürger_innen bzw. Firmen im Internet schnell und mühelos erwerbstätig sein können. Dies beinhaltet z.B. klare Richtlinien für die Abwicklung von Initial Coin Offerings (ICOs) und effiziente Besteuerung innerhalb der Platform Economy.

Ansprüche an unsere Verwaltung

Entscheidungsfreiheit der Bürger_innen stärken

Bei allen Maßnahmen und Interaktionsmöglichkeiten von staatlichen Institutionen muss den Bürger_innen auch die Möglichkeit gegeben werden, zwischen on- und offline zu wählen. Das heißt auch, dass es keinen Zwang geben darf, um online zu sein. Die Entscheidung und die Rahmenbedingungen der Bürger_innen stehen im Vordergrund.

Generationenübergreifender Schutz unseres Eigentums

Um wirtschaftlichen Fortschritt anzukurbeln, ist Privateigentum und Privatgrund ein wesentlicher Bestandteil, wie es schon John Locke beschrieb. Gekoppelt mit starken und inklusiven staatlichen Institutionen ist Privatbesitz generationenübergreifend. In Bezug auf digitale Assets ist das häufig sehr schwierig, da u.a. auch die Rolle von Intermediären im Netz wegfällt. Staatliche Organe haben die Pflicht, das Eigentum ihrer Bürger_innen zu schützen und dies auch generationenübergreifend. Digitaler Nachlass wurde bereits auch in Österreich eingeführt¹⁸.

Verlässliche transparente Verwaltung als Dienstleistung der Bürger_innen

Bürger_innen haben das Recht auf eine zeitgenössische und effiziente Verwaltung.

Die öffentliche Verwaltung muss transparent in den Prozessen, der Auswahl des Personals und der Wirkung sein. Für diese Prinzipien eignen sich häufig digitale Tools, die heute schon genutzt werden¹⁹.

Gleichzeitig steigt die Nachfrage für E-Government Dienstleistungen²⁰. Diesem Trend muss die öffentliche Verwaltung gerecht werden. Dabei müssen technologische Fortschritte die Möglichkeit bieten, einen inklusiven und vor allem kompetenten Pool an Mitarbeiter_innen zu finden. Das heißt auch, dass sich die öffentliche Verwaltung der Transparenzdatenbank unterordnet. Im öffentlichen Interesse erhobene Daten müssen frei zugänglich sein.

¹⁸ ISPA. (2017). Digitaler Nachlass: Was passiert mit digitalen Daten und Konten, wenn jemand stirbt? Von https://www.ispa.at/filedl/o/o/1529925008/216bd19b8856b47a98942192684270bd06f10d2a/fileadmin/content/5_Wissenspool/Brosch%C3%BCren/Digitaler_Nachlass/2017/ISPA_Leitfaden_Digitaler_Nachlass-2017.pdf abgerufen am 13.07.2018

¹⁹ Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. (2018). Digitales Österreich - Statistik Austria. Von <https://www.digitales.oesterreich.gv.at/statistik-austria> abgerufen am 13.07.2018

²⁰ D21 & Fortis GmbH. (2017). eGovernment Monitor 2017. Berlin. Von http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/eGovMon2017_RZ_FINAL_WEB_NEW.pdf abgerufen am 13.07.2018

Das Recht vergessen zu werden

Datensparsamkeit ist nicht nur für staatliche Institutionen wichtig, sondern auch für Unternehmen, insbesondere Großkonzerne. Die Tatsache, dass Firmen bis vor kurzem freie Hand hatten, Daten von Kund_innen zu sammeln, unterstreicht die Wichtigkeit der Privacy Argumente. Sobald ein/e Bürger_in nicht mehr will, dass Daten zu seiner/ihrer Person gespeichert werden, müssen diese auch vertrauensvoll vernichtet werden. Die DSGVO Richtlinien sind sehr wichtig und deshalb müssen die staatlichen Institutionen für eine effektive Umsetzung der Richtlinien sorgen.

4. Digitale Bürgerrechte und Bürgerpflichten

Eine zukunftsfähige, demokratische digitale Gesellschaft wird nicht durch den Staat und seine Institutionen getragen, sondern durch mündige, engagierte Bürger_innen. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der wir unsere individuellen und gemeinsamen Chancen pflegen, dann müssen wir ein gemeinsames Verständnis von Bürgerrechten und Bürgerpflichten im digitalen Zeitalter entwickeln.

In einer demokratischen Gesellschaft kann, soll und muss dies nur in einem bestimmten Ausmaß über Gesetze und Verordnungen geschehen. Wichtig ist, dass wir im Alltag die Werte und Ideale leben, diese aktiv weiterentwickeln und gegen Missstände verteidigen. Aus unserer Sicht sind im Bereich der digitalen Bürgerrechte folgende Themen von besonderer Relevanz:

Digitale Bürgerrechte

Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Schutz vor Hass und Mobbing und Privatsphäre im digitalen Raum

Die Freiheit der Gedanken, der Rede und der Ausdrucksformen sind mitunter die höchsten Güter einer liberalen Gesellschaft. Diese Rechte erstrecken sich auch auf das Internet. Bürger_innen haben das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet, jedoch immer im Einklang mit geltender Gesetzgebung. Bürger_innen jeglichen Alters haben ein Recht auf Schutz vor Hass und Mobbing im Internet. Der Staat hat Möglichkeiten zur Meldung, Beratung und dem Durchsetzen rechtlicher Konsequenzen im Falle von Hasspostings und Mobbing zur Verfügung zu stellen.

Bürger_innen haben das Recht, sich auch online mit Gleichgesinnten in Gruppen zu organisieren und gemeinsame Interessen zu vertreten. Bürger_innen haben auch in der digitalen Welt das Recht auf Privatsphäre. Weder der Staat, noch nichtstaatliche Organisationen, Unternehmen, oder andere Privatpersonen haben das Recht, die persönliche Privatsphäre des/der einzelnen Bürgers/Bürgerin zu verletzen. Einzig ein_e Richter_in darf im Rahmen der geltenden Gesetze den Zugriff auf die Privatsphäre durch die zuständigen Behörden gestatten.

Geistiges Eigentum, Datenschutz, Vergessen und Löschen

Bürger_innen haben ein Recht auf den Schutz ihres geistigen Eigentums und ihrer persönlichen Daten vor missbräuchlicher Verwendung und Diebstahl. Dies umfasst nicht nur offensichtlich sensitive Daten wie medizinische Atteste, sondern auch selbst generierte Daten, beispielsweise in sozialen Medien. Bürger_innen müssen selbst entscheiden können, wer Zugriff auf ihre Daten erhält, und einen einmal gewährten Zugriff auch wieder entziehen können. Das Internet in seiner heutigen Form „vergisst“ nicht. Daten, die einmal im Internet verfügbar sind, sind kaum bis gar nicht aus diesem zu entfernen. Selbst, wenn Daten nicht mehr direkt online abrufbar sind, werden sie oft dennoch weiterhin in Datenbanken von Unternehmen und anderen Organisationen verwahrt. Bürger_innen haben jedoch ein Anrecht auf Vergessen, auf Löschung ihrer eigenen Daten. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass dieses Recht durchsetzbar ist.

Recht auf digitale Bildung

Bürger_innen haben das Recht auf digitale Bildung. Wo dies nicht durch Angebote der Privatwirtschaft ausreichend zur Verfügung gestellt wird, hat der Staat für entsprechende Angebote zu sorgen. Die Bürger_innen übernehmen für ihre Bildung Verantwortung.

Recht auf Teilhabe und Information

Jede_r Bürger_in hat das Recht zur Teilnahme am digitalen Leben. Finanziell schlechter gestellte Bürger_innen dürfen davon nicht ausgeschlossen sein. Der Staat muss Konnektivität gewährleisten können. Bürger_innen haben das Recht zu erfahren, welche persönliche Daten über sie Unternehmen, andere Organisationen, sowie der Staat haben und zu welchen Zwecken diese genutzt werden. Diese Informationen müssen Bürger_innen auf Wunsch in einem für sie sinnvoll lesbaren Format zur Verfügung gestellt werden.

Digitale Bürgerpflichten

Eine Chancengesellschaft im 21. Jahrhundert beruht auf mündigen digitalen Bürger_innen. Dies bedeutet, dass neben den Rechten und Freiheiten auch eine gemeinsame Verantwortung gelebt werden muss. Wir sind für unser Verhalten im digitalen Raum verantwortlich, respektieren die Rechte von unseren Mitbürger_innen und sehen das Internet nicht als rechtsfreien Raum an. Folgende Bürgerpflichten sind daher wesentlich:

Privacy und Identität und Datensicherheit als mündige Bürger_innen

Bürger_innen haben die Pflicht, sich nicht als jemand anderer auszugeben. Insbesondere im Rahmen rechtswirksamer Geschäfte sind die Bürger_innen zur eindeutigen, wahrheitsgemäßen Identität verpflichtet. Bürger_innen haben nicht nur das Recht auf Sicherheit ihrer Daten, sondern auch die Pflicht, aktiv zur Datensicherheit beizutragen. Dazu gehören sowohl das bewusste Umgehen mit persönlichen Daten sowie den Daten anderer (beispielsweise in sozialen Medien), wie auch die Geheimhaltung von sensiblen Zugangsdaten.

Wir sind für unsere Postings genauso verantwortlich wie für unsere Bots

In letzter Zeit steht diese Pflicht besonders im Umgang mit Daten und Fakten im Mittelpunkt. Mittels „Fake News“ und anderen gezielten Formen der Desinformation entstehen demokratische Risiken. Gleichzeitig gilt es, die Meinungsfreiheit hoch zu halten und Zensurbehörden zu verhindern. Aus diesem Grund sollte man „Fake News“ nicht regulieren, sondern viel mehr die Pflichten der Bürger_innen zur Rechtmäßigkeit stärken.

Die schafft eine stärkere Zivilgesellschaft und sorgt vor allem für eine freie und demokratisch wichtige Medienlandschaft²¹. Einerseits müssen bürgerliche Rechte gesichert werden, andererseits müssen wir es schaffen, unsere demokratische Tätigkeit genauso zeitgenössisch und digital zu gestalten wie unseren Alltag.

Wir bleiben für unsere Bildung verantwortlich

Wie es die Pflicht eine_r jeden Bürger_in ist, sich mit den Gesetzen des eigenen Landes auseinanderzusetzen, so muss auch die verantwortungsvolle Teilnahme am digitalen Leben beherrscht werden.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum

Der digitale Raum ist unsere gesellschaftliche Konfrontationsfläche. Verschiedene Meinungen prallen aufeinander. Toleranz und Meinungsfreiheit müssen dabei on- sowie offline gelebt werden. Daher haben Bürger_innen die Pflicht, nicht wegzusehen, wenn die Rechte anderer missachtet werden (sei es durch Hassreden, Mobbing, Diebstahl, Handel mit illegalen Waren, Kinderpornographie, etc.), sondern müssen zum Schutz anderer einschreiten bzw. solche Vorfälle umgehend den zuständigen Behörden melden.

Wie auch sonst im Leben haben Bürger_innen im Internet die Pflicht, die Rechte am geistigen Eigentum anderer – seien es Einzelpersonen oder Unternehmen – zu respektieren. Das Herunterladen bzw. die Konsumation von Medieninhalten, elektronischen Büchern und anderen digitalen Inhalten hat stets im Bewusstsein der Wahrung der Eigentumsrechte der Schöpfer_innen bzw. Rechteinhaber_innen zu erfolgen. Die Bewahrung des geistigen Eigentums ist ein wesentlicher Bestandteil unseres wirtschaftlichen Handelns und muss von der öffentlichen Verwaltung garantiert werden.

²¹ Vgl. European Commission. (2018). A multi-dimensional approach to disinformation. Luxembourg: Publications Office of the European Union. Von <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6ef4df8b-4cea-11e8-be1d-01aa75ed71a1/language-en> abgerufen am 13.07.2018

5. Maßnahmen und Ausblick

Digital Citizenship ist für die Proponent_innen dieses Papiers die (digitale) Basis für mündige Bürger_innen im 21. Jahrhundert. Damit aus einer Vision Realität wird, bedarf es vieler Maßnahmen. Einige wurden in diesem Paper schon genannt, jedoch sollen als Abschluss für jede der zu Beginn genannten Thesen exemplarisch zwei Maßnahmen formuliert werden. Ein ausführlicher Forderungskatalog findet sich im Appendix.

Der/Die Bürger_in als Teilnehmer_in an der Digitalisierung genießt die Freiheit und Vielfalt von digitalen Leistungen der Wirtschaft, Politik und seiner/ihrergesellschaftlichen Beziehungen.

- Mehr Online-Transaktionen statt „Formularsammlungen“ anbieten.
- Input- & Feedback-Portal anbieten, um auf Initiativen, Vorschläge, Nachfragen einzugehen und um auf Feedback von Bürger_innen zu reagieren und dieses zu evaluieren.

Er/Sie ist sicher vor digitalen kriminellen Angriffen und Missbrauch seiner/ihrer Daten.

- Umsetzung der „Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union“ (NIS-RL) auf nationaler Ebene.
- Cybercrime-Attacken-Monitor und Frühwarnsystem für Konsument_innen („der Cyber-Wetterbericht“).

Der/Die Bürger_in kann aus eigenem Wissen und Erfahrung zwischen Desinformation und Information unterscheiden und weiß sich in seiner/ihrer digitalen Existenz korrekt zu verhalten.

- Publikationsplattformen von erkannten Fake-News , beispielsweise über Zugang zur Medienförderung, stärken.
- Curriculare Verankerung der digitalen Kompetenzbildung in Lehr- und Bildungsplänen.

Als Teilnehmer_in an einer digitalen Gesellschaft nutzt der/die Bürger_in seine/ihre Fähigkeiten, um das digitale Angebot zu seinem/ihrer Vorteil anzuwenden.

- Einbeziehung aller Bildungsschichten und Bildungsphasen, inklusive des lebenslangen, berufsbegleitenden Lernens bei politischen Maßnahmen.
- Finanzielle Förderung für Firmen, die ihren Mitarbeiter_innen berufsbegleitendes Lernen ermöglichen.

Der/Die Bürger_in hat dabei Ansprüche an den Staat und die Verwaltung. Rechtssicherheit und ein offener Zugang zu Verwaltungsprozessen und Daten sind die wesentlichen Elemente.

- Die aktuelle Einschränkung des Rechts auf Information für Bürger_innen muss beendet werden.
- Redundanzen verhindern: „Tell-us-once“ Datenerfassung mit Austauschmöglichkeiten zwischen den Behörden.

Gleichzeitig ist sich der/die Bürger_in seiner/ihrer Rechte und Pflichten bewusst und bereit diese auszuüben.

- Fach Medienkompetenz schon in der Volksschule einführen und in den nachfolgenden Schulformen weiterführen.
- Digital Citizenship mit Rechten und Pflichten verankern.

Parallel zum zentralen Anliegen des/der Bürger_in als freie_r und erfolgreiche_r Teilnehmer_in an der digitalen Welt sind die Bereiche Standort und Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Infrastruktur eine Voraussetzung für die Schaffung von neuen Chancen und die selbstbestimmte Teilnahme an digitalem Wandel. Zwar wurde in diesem Papier auf Teilaspekte eingegangen, jedoch sind weitere Reformmaßnahmen in den genannten Bereichen notwendig.

Standort und Wirtschaft

Das Angebot des Standortes Österreich an die Wirtschaft und an die Beschäftigten

Eine erfolgreiche, innovative Wirtschaft ist die Voraussetzung für die Bewältigung der Herausforderungen in einem sich rasch wandelnden ökonomischen Umfeld.

Dies betrifft unter anderem die Förderung von Innovation und Startups, die Schaffung eines funktionierenden digitalen Binnenmarktes, die Pflege des Arbeitsmarktes im Bewusstsein des raschen Wandels, die Schaffung eines wirkungsvollen Gewerbes, die Anpassung des Finanzmarktes und des Steuerrechtes, um Innovation zu fördern und die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit in einem globalen Umfeld.

Infrastruktur

Die verlässliche Technologie als Basis für Unternehmen und Bürger_innen

Das Netzwerk ist eine kritische Infrastruktur und muss daher genauso wie Energie oder öffentlicher Verkehr als solche behandelt werden.

Es liegt daher in der Verpflichtung des Staates die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzugeben, um die Verfügbarkeit und Sicherheit sicherzustellen. Die Grundlage dafür ist die Neutralität („Net Neutrality“) und Offenheit des Zuganges genauso wie der wirtschaftliche Zugang für Bürger_innen, Organisationen und Firmen.

Öffentliche Verwaltung

Die Offenheit und Wirtschaftlichkeit des Staates

Der Staat und die öffentliche Verwaltung haben die Chancen des digitalen Wandels zu erkennen und aktiv zu nutzen.

Der/Die Bürger_in erwartet eine Steigerung der Effizienz in der Verwaltung durch die Möglichkeiten des E-Government und das Angebot einer klaren und fairen politischen Teilnahme an Meinungsbildung und Entscheidung. Ebenso ist das Versprechen der transparenten Verwaltung und der Offenheit von Daten („Open Data“) einzulösen.

In den NEOS-Positionspapieren wurde in den Jahren 2015 bis 2017 auf diese Aspekte der Digitalisierung bereits im Detail eingegangen:

- Automation and the European Labor Market (Eder & NEOS Lab, 2017)
- Faire Digitalisierung (NEOS, Faire Digitalisierung, 2017)
- Digitalisierung am Arbeitsmarkt (NEOS & Aufschwung Austria, Digitalisierung am Arbeitsmarkt, 2016)
- Österreich: Digitale Agenda 2025 (Ziegner, Moosburger, 2016)
- Positionspapier Netzpolitik (NEOS, Positionspapier Netzpolitik, 2015)

Als Konsequenz der beschleunigten technologischen Entwicklung und der hohen Akzeptanz von digitalen Angeboten wird es zu gesellschaftlichen Veränderungen kommen. Manche Zukunftsprojektionen zeigen auf Gesellschaftsformen, die nicht mehr auf den Ideen des Humanismus, der Meinungsfreiheit und der Entscheidungsfreiheit beruhen. Dem gilt es entschieden entgegenzuarbeiten.

Techno-Humanismus beruht auf der Vorstellung, dass Technologie in einem hohen Maße in unser Leben integriert ist und verspricht im Gegenzug hohe Lebenserwartung, Spaß und Sicherheit. Der Dataismus postuliert zusätzlich, dass diese Erwartungen durch die steigende Verfügbarkeit von Daten im Netz und in den digitalen Services erfüllt werden. Daten und Algorithmen übernehmen Entscheidungen für den Menschen (Harari, 2018).

Diese Veränderungen könnten aber auch auf der raschen Entwicklung kognitiver Systeme bis hin zur „wirklichen“ künstlichen Intelligenz basieren (Bostrom, 2014) und damit zu einer gesellschaftlichen und technischen sogenannten Singularität führen. Extreme, aber nicht notwendigerweise unrealistische Szenarien sagen voraus, dass dies noch in diesem Jahrhundert geschehen kann und damit die Existenz einer menschlichen Gesellschaft, wie wir sie heute kennen, grundsätzlich in Frage gestellt wird (Kurzweil, 2005). ***Umso mehr benötigt es mündige „Digital Citizens“, damit wir auch in Zukunft die Fortschritte des technologischen Wandels nutzen und Nachteile minimieren.***

Autoren

Georg Eder

Georg Eder ist Entwicklungsökonom mit Fokus auf Technologie als Driver für gesamtgesellschaftlichen Fortschritt. Er arbeitete bei der Weltbank um Communities of Practice aufzubauen, hat in Wien das Vienna International Development Network gegründet und arbeitet mit Startups und internationalen Organisationen. Im Winter 2017 publizierte er „Work 4.0: Automation and the European Labour Market“ und publiziert mit NEOS und ELF weiterhin.

Dieter Feierabend

Dieter Feierabend ist wissenschaftlicher Leiter des NEOS Lab. An der Universität Wien studierte er Statistik und Politikwissenschaft und lernte dort die wissenschaftlichen Grundlagen. Am Institut für Höhere Studien, sowie am Institut für Technikfolgenabschätzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften arbeitete er in der angewandten Forschung.

Marcus Oppitz

Marcus Oppitz war nach Abschluss des Studiums an der TU-Wien als Universitätsassistent und Lektor tätig und wechselte dann als Gesch.ftsführer und Firmengründer in die Wirtschaft. Nach erfolgreichen Exits ist er nun als Buchautor, Business Angel und Coach für Startups tätig.

Tatjana Oppitz

Tatjana Oppitz begann ihre Karriere, nach Abschluss des Studiums der Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien, bei Kodak und wechselte anschließend zu IBM Österreich wo sie zuletzt, nach verschiedenen Stationen im In- und Ausland als Generaldirektorin tätig war.

Martin Ségur-Cabanac

Martin Ségur-Cabanac ist selbständiger IT-Manager mit Fokus auf die Pharmabranche und Sicherheit. Er studierte Amerikanistik und Schriftstellerei an der University of Hull in Großbritannien, New Media Management an der Donau-Universität Krems sowie International Relations an der Webster University Vienna.

Anais Weinberger

Anais Weinberger studierte Dolmetschen und Soziologie an der Universität Wien und der Università degli Studi di Firenze. Außerdem absolvierte sie den Diplomlehrgang an der Diplomatischen Akademie Wien und macht derzeit das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Linz. Seit 2017 arbeitet sie bei NEOS im Bereich Fundraising, Stakeholder Management und im Projektmanagement von Aufschwung Austria.

